

ausgerechnet ein Indult in einer Sache erwirken will, die so wie sie im CIC enthalten ist, gerade auf Betreiben von deutscher Seite hineingekommen sein soll, mag zwar einiges erklären, dürfte letztlich als Begründung aber nicht ausreichen.

Verwundern muß der großzügige Umgang mit dem Kirchenrecht ausgerechnet in einem Gebiet, das auf Rechtsklarheit in besonderer Weise angewiesen ist. Man mag noch so sehr den besonderen Charakter der kirchlichen „Communio“ gegenüber rein soziologisch geprägten Deutungen von Kirche herausstreichen: Zu einer wirklichen Mitwirkung der verschiedenen Gruppen an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Kirche kann es nur kommen, wenn Rechte, Zuständigkeiten und Kompetenzen einwandfrei geklärt sind und Willkür so weit wie möglich vermieden wird.

## Das gemeinsame Zeugnis der Christen und die Autonomie der Laien

Es hätte nicht erst der ominösen „Doppelkopf-Theorie“ bedurft (nach der der Pfarrgemeinderat aufgrund seiner Doppelrolle von Fall zu Fall unter einem anderen Vorsitzenden tagt, als Pastoralrat unter dem Pfarrer, als Katholikenrat unter einem Laien), um zu zeigen, daß in der Auseinandersetzung um die Gestalt des Pfarrgemeinderats bzw. des Pastoralrats auf Pfarrebene, wie ihn das Kirchenrecht versteht, Ungereimtheiten in der Gesamtsystematik des kirchlichen Rätewesens aufgebrochen sind. Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist keine vom Kirchenrecht umschriebene Instanz. Und das Kirchenrecht sollte auch Raum lassen für regionale Sonderentwicklungen aller Art. Aber es mutet sonderbar an, wenn man einen Sonderstatus beansprucht, der – be-

trachtet man die Wirklichkeit in den Gremien – kaum gerechtfertigt scheint. Die Wirklichkeit in den Pfarrgemeinderäten ist doch die, daß diese sich – wie vermutlich die meisten Räte in anderen Teilen der Weltkirche auch – überwiegend mit Fragen der Pastoral befassen. Dies ist nicht optimal. Vielen Pfarrgemeinderäten stünde es gut an, wenn sie z. B. ihre Verantwortung in gesellschaftlichen Fragen ernster nehmen würden, als sie dies bislang tun. Aber die Wirklichkeit ist so.

Letztlich läuft das ganze Problem auf die Frage hinaus, wie sich die Tatsache, daß „Amtsträger und Laien, Ordenschristen und Weltchristen die wesentlichsten Züge ihres Lebens und Zeugnisses gemeinsam“ haben (Stellungnahme der deutschen Bischofskonferenz zu den Lineamenta vgl. ds. Heft, 323), sich am besten in kirchliche Strukturen übersetzen läßt. Von diesem Ziel scheint die Systematik des neuen Kirchenrechts bezüglich der Räte nicht so weit entfernt zu sein. So sehr aber einerseits die zwei Grundvollzüge der Kirche, „das Leben der Communio und die Missio in der Welt ... grundsätzlich ineinander verwoben“ sind (a. a. O., 325), so wenig ist damit gesagt, daß autonomes Handeln als Laien in der Kirche damit unmöglich geworden wäre. Nur gilt es hierfür einen neuen Ort zu suchen. Der verbandlich strukturierte Laienkatholizismus betont zwar immer wieder die Notwendigkeit autonomen Handelns des Laien in der Welt. Man möchte die Autonomie aber auch nicht so weitgehend verstanden wissen, daß einem nicht mehr der Status einer Quasiamtlichkeit zugestanden wird. Wenn es der Bischofssynode '87 gelänge, das Verhältnis zwischen der gemeinsamen Verantwortung aller Gläubigen und der autonomen Verantwortung der Laien klarer zu bestimmen, stünden auf die Dauer wohl auch die bundesdeutschen Rätestrukturen auf soliderem Grund.

Klaus Nientiedt

## Politik der ausgestreckten Hand

### Kolumbien und die Ära Betancur

*Mit dem einwöchigen Papstbesuch rückt ein südamerikanisches Land ins Blickfeld, das in den letzten Jahren mit einer Naturkatastrophe (der Vulkanausbruch 1985, bei dem die Stadt Armaro im Schlamm versank) und spektakulären Guerillaaktionen Schlagzeilen gemacht hat; es gehört nicht zu den Ländern, die aufgrund ihrer explosiven innenpolitischen Lage ständige Aufmerksamkeit in Europa erregen und denen daher eine kontinuierliche Berichterstattung über den lateinamerikanischen Kontinent hinaus zu einem eigenen Profil verhilft. Nach den Präsidentschaftswahlen vom 26. Mai fällt die Reise Papst Johannes Pauls II. nach Kolumbien in eine politische Übergangsphase, die mit dem Machtwechsel an der Spitze eine schwierige innenpolitische Periode mit bürgerkriegsähnlichen Unruhen einleiten könnte.*

Der neugewählte Präsident, *Virgilio Barco*, tritt sein Amt erst am 7. August an, der scheidende Präsident *Belisario Betancur* hat nicht erst seit den Wahlen die Regierungsgewalt an andere politische Kräfte im eigenen konservativen Lager, vor allem aber an die Armee verloren. Sein Nachfolger Barco wie auch der unterlegene Kandidat *Alvaro Gomez* haben im Wahlkampf neben den üblichen populistischen Versprechungen – wenn auch vorsichtig – erkennen lassen, daß sie in Kolumbien Sicherheit, Ruhe und Ordnung wiederherstellen, d. h. eine härtere Gangart gegenüber den Guerillagruppen einschlagen wollen. Hinsichtlich der von beiden Kandidaten überreich geleisteten Reformversprechen ist hingegen unter der neuen liberalen Regierung wenig zu erwarten. Die beschwichti-

gende Ankündigung des Wahlsiegers in seiner ersten Rede, er werde (nur) „die Veränderungen, die alle Kolumbianer wollen, herbeiführen“, hat dies bereits bestätigt.

## Eine lange Geschichte der Gewalt

Mit dem Ende der vierjährigen Amtszeit Betancurs ist, wenn nicht alles täuscht, eine der wenigen hoffnungsvollen politischen Entwicklungen in Lateinamerika gescheitert. Obwohl die Geschichte Kolumbiens nur einen einzigen Militärputsch kennt, ist sie gewaltsamer und blutiger verlaufen als die anderer lateinamerikanischer Staaten. Nach der Unabhängigkeit von Spanien und der Aufteilung „Kolumbiens“ in die Länder Ecuador, Venezuela und Kolumbien im Jahre 1832 bildeten sich im Streit der politischen Oberschicht um ein zentralistisches oder ein föderatives Staatsgebilde die beiden Parteien heraus, die bis heute in dem demokratisch verfaßten Staat die politische Macht innehaben: die *konservative* und die *liberale* Partei. Ihre ideologischen Unterschiede verwischten sich zusehends, heute ist die Zugehörigkeit zu einer der beiden traditionellen Parteien und auch ihre Wahl wenig mehr als Tradition (in der gehobenen Schicht) und Gewohnheit (im Volk). Ungeachtet fehlender divergierender Parteiprogramme trugen die Konservativen und Liberalen blutige Machtkämpfe aus. Im Bürgerkrieg der tausend Tage (1899–1902) fanden Schlachten statt, die jeweils mehrere tausend Menschenleben kosteten. Von 1930 bis 1933 (unter den Liberalen) und von 1948 bis 1953 (unter einer konservativen Minderheitsregierung) entfachten die jeweiligen Verlierer „Rachefeldzüge“, die in Bürgerkriege ausarteten. Der letztgenannte ging als „La violencia“, als Periode der Gewalt, in die Geschichte ein; ihr fielen mindestens zweihunderttausend Menschen zum Opfer.

Aus der historischen, zeitlich eingrenzbaren Periode der „violencia“ ist längst das kolumbianische „Phänomen Gewalt“ geworden, das alle gesellschaftlichen Kräfte erfaßt hat und den politischen Entwicklungsweg Kolumbiens wieder entscheidend prägt. Die Einsicht, daß der gegenseitigen blutigen Verfolgung ein Ende gesetzt werden müsse, mündete in eine verfassungsmäßig verankerte „nationale Front“. Nach Artikel 120 der Verfassung sollte über vier Regierungsperioden, also 16 Jahre lang, die Regierung die Opposition angemessen an der Macht beteiligen. Von 1958 bis 1974 war Kolumbien eine Demokratie ohne eigentliche parlamentarische Opposition. Dieser nationale Pakt konnte zwar einen weiteren Bürgerkrieg zwischen den Parteien verhindern, bewirkte aber die Verlagerung der gewaltsamen Auseinandersetzungen auf eine andere Ebene; der *Guerillakrieg* löste den Parteienkrieg ab.

Mit Belisario Betancur übernahm 1982 ein bis heute als integer geltender Politiker die Macht in der präsidentialen Republik, der in seiner Amtszeit zudem Mut und Geschick bewies. Nach vier Jahren – der Präsident ist in Ko-

lumbien nicht wieder wählbar – schied Betancur innenpolitisch so gut wie isoliert aus dem Amt; die Kolumbianer verhehlen ihre Enttäuschung nicht, „es ist alles noch schlimmer geworden unter Betancur“. „Alles“ meint die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Kolumbiens, von denen Betancur keines wirklich in den Griff bekam. Sein außenpolitischer Erfolg – Betancur war maßgeblich an der Gründung und den zähen Verhandlungen der Contadora-Gruppe zur Befriedung Mittelamerikas beteiligt – wurde ihm als Flucht vor der Innenpolitik, seine Annäherung an die blockfreien Staaten als gefährliche Neigung eines Illusionisten verübelt.

Anders als seine konservativen und liberalen Amtsvorgänger kannte Betancur aber nicht nur die drängendsten Probleme seines Landes, er sah auch deren *soziale Wurzeln* und war willens, aus diesen Erkenntnissen *politische Konsequenzen* zu ziehen. Mangelnde Einsichten haben ihn nicht scheitern lassen, es fehlte ihm vielmehr die Unterstützung der entscheidenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte für seine Pläne – nach dem Urteil Wohlwollender auch die nötige Geduld bei ihrer Umsetzung.

## Bilanz von vier Jahren Betancur

Tatsächlich steht Kolumbien heute vor ähnlichen Problemen wie zum Beginn von Betancurs Amtszeit. Auch nach Ablauf des nationalen Pakts blieb es politische Praxis für die Regierungspartei, die in den Wahlen unterlegene Partei „angemessen“ mit öffentlichen Ämtern zu bedenken. Das Parteienspektrum insgesamt spiegelt auch nach den Parlamentswahlen vom 9. März und den Präsidentschaftswahlen Ende Mai, wenn überhaupt, nur sehr vage den politischen Willen der wahlberechtigten Kolumbianer wider. Die Liberalen haben in beiden Kammern die absolute Mehrheit, die konservative Partei Betancurs erhielt 38 Prozent der Stimmen. Nur 8 Prozent wählten den „neuen Liberalismus“, eine reformistische Abspaltung der liberalen Partei unter *Luis Carlos Galán*. Die erstmals vertretene „patriotische Union (UP)“, der politische Arm der kommunistischen Guerillabewegung FARC, erhielt knappe 2 Prozent der Stimmen.

Bei den Präsidentschaftswahlen entfielen auf den liberalen Barco 58 Prozent, der konservative Gomez blieb mit 36 Prozent noch hinter dem Ergebnis der Parlamentswahlen zurück, die UP erzielte 4 Prozent. Der „neoliberale“ Galán hatte nach dem schlechten Wahlergebnis im März auf eine Kandidatur verzichtet und Virgilio Barco unterstützt. Diesmal lag die auch im lateinamerikanischen Vergleich besonders niedrige Wahlbeteiligung in Kolumbien immerhin bei rund 50 Prozent. Die Wahlergebnisse machen viererlei deutlich: das fehlende Interesse bzw. die fehlende Identifikation der Bevölkerung mit dem Parteienangebot, das Verharren der breiten Volksmassen, soweit sie zur Wahl gehen, im traditionellen Wahlverhalten, trotz aller Verdrossenheit über die beiden Parteien, die Unzufriedenheit mit der konservati-

ven Partei und der letzten Regierung und eine noch schwache, aber spürbare Akzeptanz der Guerillaparteien.

Ein „Programm der Entwicklung mit Gerechtigkeit“, so verhielt Betancur nach seiner Wahl, sollte Kolumbien aus der Wirtschafts- und Gesellschaftskrise herausholen. Konkret hieß das Wirtschaftswachstum, Agrarreform und Armutsbekämpfung. Dazu brauchte er die in seiner konservativen oder in der mit öffentlichen Ämtern ebenfalls saturierten liberalen Partei beheimatete Oberschicht des Landes. Unter dem nationalen Pakt verzeichnete Kolumbien wie die meisten lateinamerikanischen Länder in den sechziger Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum. Das an Bodenschätzen (Erdöl, Kohle) und fruchtbarem Boden reiche Land war bis vor zwei Jahren weitaus weniger verschuldet als andere Länder Lateinamerikas (1982 betrug der Auslandsschuldendienst nur 20 Prozent der Exporteinnahmen). Das Sozialprodukt wuchs in den kommenden Jahren jedoch nur um zwei Prozent, die kolumbianischen Devisenreserven schrumpften auf ein Viertel zusammen. Die schnell wachsende Verschuldung nach innen und außen bewog Betancur 1985 zur *Änderung seiner Wirtschaftspolitik*: Strenge Importbeschränkungen sollten die Handelsbilanz ausgleichen, das Defizit im Staatshaushalt verringert werden. Beides gelang, jedoch um den Preis sprunghaft angestiegener Zinsen, die die Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft noch mehr lähmten. Inzwischen hat die Regierung Betancur sich erstmals an den internationalen Währungsfonds wenden müssen, ein bitterer Weg für das auf Unabhängigkeit von außen bedachte Land. Nach wie vor fließt aber über den illegalen Drogenhandel so viel „schwarzes Geld“ ins Land, daß eine Schattenwirtschaft im Entstehen ist.

Daß Betancur den devisabringenden Rauschgift-Mafias, deren Angehörige in öffentlichen Ämtern, in der Wirtschaft und im Untergrund zu finden sind, empfindliche Rückschläge beibrachte, wurden von Kritikern nicht nur im Inland als „ungeschickt“ bewertet. Seinen ersten Justizminister kostete die staatliche Einmischung in das illegale Drogengeschäft das Leben. Präsident Betancur tat das, was er im Gegensatz zu seinen Vorgängern nicht tun wollte, er verhängte wenige Monate nach seinem Amtsantritt den Ausnahmezustand.

## Schwierige soziale Verhältnisse

Seine Projekte zur Landreform, zur Reform von Wohnungsbau, Finanz- und Steuerwesen scheiterten am Widerstand der liberal-konservativen Ober- und Mittelschicht. Die breite Mehrheit der Bevölkerung, bei der Betancur großes Ansehen genoß, registrierte, daß Versprechen der Regierenden wieder einmal nicht eingehalten wurden. Am Beispiel der *Landreform* wird jedoch deutlich, daß Interessen der Mehrheit nicht gegen eine Minderheit durchgesetzt werden können, wenn letztere die politische Macht hat. Zwei Drittel aller kolumbianischen Parlamentarier sollen im Besitz größerer Ländereien sein; sie erachten die zu Kennedy Zeiten unter

dem Schock der kubanischen Revolution begonnene Landreform für ausreichend, wonach die zuständige INCORA-Behörde jährlich bis zu 140 000 ha, fast ausschließlich Staatsland, verteilt. Der private Großgrundbesitz bleibt von dieser Reform rechtlich und politisch unberührt, von einigen langwierigen Enteignungen mittlerer Haciendas in den siebziger Jahren abgesehen. Zahlen über Kleinbauern ohne Land oder ohne Rechtstitel existieren auch in Kolumbien nicht.

Überhaupt sind zuverlässige Daten über die sozialen Verhältnisse kaum zu finden. Jedermann weiß, daß offizielle Angaben wie die über 14 Prozent Arbeitslose geschönt sind – um Unruhe in der Bevölkerung zu vermeiden, wie es in geübter Selbstverständlichkeit heißt. Nach kirchlichen Angaben ist jeder vierte der 28 Millionen Kolumbianer jünger als 10 Jahre, die Kindersterblichkeitsrate im ersten Lebensjahr liegt bei 97 pro 1000 Geburten (USA 15, Bolivien 158). Mindestens 3 Millionen Kinder unter 14 Jahren erarbeiten den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie, das ist also fast jedes dritte kolumbianische Kind.

Das gesellschaftliche Klima in Kolumbien hat sich seit dem Ende der siebziger Jahre verschlechtert, auch die relativ freie Presse führt gelegentlich Klage darüber und spricht von einer Krise in der Führungsschicht des Landes und von allgemeinem Werteverfall. Geld und Privilegien gälten alles, dazu erforderliche Eigenschaften seien lediglich Egoismus und Ehrgeiz. Mit diesem Werturteil mag zu einem guten Teil die jetzt auch in weiten Teilen der Dritten Welt auftretende individualistische und konsumorientierte Lebensform gemeint sein, zu einem anderen Teil die typischen Erscheinungsformen einer von der Oberschicht auch als solche empfundenen feudalen Spätzeit.

## Betancur und die Guerilla

Ein politisches Ziel Betancurs von Anfang an und wahrscheinlich seine größte politische Leistung war die Eindämmung der „violencia“, der politischen Gewalttaten. Heute nennen Gegner seiner Befriedungspolitik, aber auch von seiner Regierung insgesamt Enttäuschte dieses Ziel die „unerfüllte Vision“ des Präsidenten.

Als am 6. November vergangenen Jahres ein Kommando der Untergrundorganisation M-19 den Justizpalast in Bogotá einnahm und beim Erstürmen des Gebäudes durch die Armee hundert Menschen starben, galt die Friedenspolitik Betancurs als gescheitert.

Das ist aber ein voreiliges und wohl auch falsches Urteil. Der Waffenstillstand, den Betancur nach zähen Verhandlungen im Mai 1984 mit der größten und ältesten Guerilla-Organisation FARC (bewaffnete revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens), im August mit der maoistischen PCC-ML und ihrer seit 1968 aktiven EPL (Volksbefreiungsarmee) und der nationalistischen M-19 (Bewegung 19. April) schloß, war schon in sich eine über Kolumbien hinaus für Lateinamerika bedeutsame politi-

sche Tat. Dieser Waffenstillstand ist zwar viele Male von Armee und Guerillas gebrochen, aber auch von einigen Gruppen über lange Zeiträume eingehalten worden.

Entstehung, ideologische Ausrichtung und Kampfmethoden der kolumbianischen Guerilla weisen Parallelen zu anderen lateinamerikanischen Gruppen, aber auch eigene spezifische Merkmale auf. Der lateinamerikanischen Guerilla gemein ist ihre Überzeugung, daß die herrschenden politischen und sozialen Verhältnisse verändert werden müssen und daß dies nur mit Gewalt möglich ist. Empörung über soziales Elend, die politische Ohnmacht breiter Bevölkerungsschichten und die Privilegien einer dünnen Oberschicht, die sichtlich auch auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit lebt, ist in allen Guerillagruppen anzutreffen, wenn auch nicht in allen mit der gleichen Ernsthaftigkeit und dem integren Willen zu solidarischem politischem Handeln. Die kolumbianische Guerilla ist schlagkräftig und übt einen „Terror von unten“ aus, zu dessen Methode und alltäglichem Geschäft in der Stadt wie auf dem Land Mord, Entführung, Erpressung und der Kampf mit Waffengewalt gegen Personen und Sachen gehört. Sie indoktriniert mit marxistischem Vokabular, ihre Führer werden in kommunistischen Ländern geschult.

Die FARC entstand in den vierziger Jahren während der vor allem in ländlichen Gebieten blutigen Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen, als viele Tausende Campesinos ihr Land verließen und nach Bogotá flüchteten. Dort wurde am 9. April 1948 der Führer der Liberalen, *Jorge Eliecer Gaitán*, ermordet, auf den die besitz- und schutzlosen Campesinos von Bogotá ihre Hoffnung gesetzt hatten. Die Reaktion war eine Volkserhebung, in der wilde Horden die Hauptstadt in Brand steckten, mordeten und plünderten. Die Bewegung M-19 ist aus der ANAPO hervorgegangen, der erfolglosen populistischen Partei des ehemaligen Diktators *Rojas Piniñilla*. Die zweitstärkste Guerillagruppe ELN (Nationale Befreiungsarmee) ist kubaorientiert, sie schloß sich dem Friedensprozeß nicht an. Diese Gruppen bildeten die einzige politische, wenn auch außerparlamentarische Opposition in Kolumbien, da das System in seinem Innern keine entstehen läßt. Es lag auf der Hand, daß die Guerilla diese Funktion nur eingebunden in die legalen politischen Strukturen wahrnehmen konnte. Diesen Integrationsprozeß hat Betancur nur zu einem Teil verwirklicht, aber er läßt sich auch nicht mehr ganz rückgängig machen. Während die M-19 die Waffenruhe bereits im letzten Jahr aufgekündigt hat, verlängerte die FARC das Friedensabkommen. Rückhalt in der Bevölkerung und in der öffentlichen Meinung verliert die Guerilla allerdings durch ihre Verbindungen zum Drogengeschäft.

Betancur hat immerhin bewiesen, daß Verhandlungen mit einer kämpfenden Guerilla möglich und nicht unter der Würde eines Staatsoberhauptes sind. Erschwert und teilweise zunichte gemacht wurde seine Politik des Dialogs durch die Übergriffe der Armee und paramilitärischer Einheiten, darunter die Mordkommandos MAS

(„Tod den Entführern“), denen auch zahlreiche Guerilleros zum Opfer fielen, die nach der Amnestie des Präsidenten ins zivile Leben zurückgekehrt waren.

Die *kolumbianischen Militärs*, ihre Sicherheitsorgane und Helfershelfer wenden bei der Verfolgung des politischen Gegners die gleichen Methoden wie die Guerilla an. Nach einem Bericht einer europäischen Beobachterdelegation, die im Auftrag der Schweizer Organisation „Nord-Süd-Dialog“ im Februar Kolumbien besuchte, hat die Zahl politischer Morde und der Verschwundenen deutlich zugenommen, während die Zahl politischer Häftlinge geringer geworden sei. Ausnahmslos alle befragten ehemaligen Häftlinge gaben an, sie seien in den ersten Tagen der Haft gefoltert worden. Ein Bericht enthält die Namen von 59 Offizieren, die an Mordkommandos der MAS beteiligt waren. Die Anwälte politischer Häftlinge sind Drohungen ausgesetzt, einige seien verschwunden oder ermordet.

## Starke Kirche mit hohem gesellschaftlichem Einfluß

Auf die Frage, wie die katholische Kirche, in Kolumbien traditionell eine gesellschaftliche Kraft von hohem Ansehen, die politische Entwicklung im Land begleitet habe, antwortete ein kirchlicher Würdenträger: „Aus allzugroßer Nähe.“ Dies traf in der Vergangenheit auf die kirchliche Hierarchie, Bischöfe und Priester, fast ausnahmslos zu. Für den Episkopat gilt es heute noch, auch wenn sich in seinen Verlautbarungen gelegentlich deutliche regierungskritische Ansätze finden. Er gilt als der traditionalistischste und am wenigsten dynamische in Lateinamerika. Über die Kolonialepoche mit ihrem Encomendero-System hinaus, das den spanischen Herren die Glaubensunterweisung ihrer Sklaven und Bediensteten anvertraute, hat sich in Kolumbien lange Zeit ein Seelsorgekonzept gehalten, nach dem der Geistlichkeit die Erziehung der Führungsschicht oblag, das einfache Volk hingegen gar nicht oder nur selten direkt pastoral versorgt und katechetisch unterwiesen wurde.

Nach der Unabhängigkeit und den antiklerikalen liberalen Regimen des 19. Jahrhunderts etablierte sich die Herrschaft der kirchennahen konservativen Partei, unter der vor genau hundert Jahren die bis heute gültige Verfassung verkündet wurde. Die katholische Kirche wurde *Staatsreligion* und verfügte bald über *hohen gesellschaftlichen Einfluß*. Sie entwickelte sich zu einer starken, solide strukturierten Institution mit einer Pastoral, die weithin aus Kasuistik, Sakramentenspendung und der Ausfertigung kirchlicher Urkunden bestand. Für die innere Stärke der kolumbianischen Kirche sprach jedoch der *große Reichtum an geistlichen Berufen*. Neben Mexiko ist Kolumbien heute die einzige Ortskirche Lateinamerikas, die ihren Priesterbedarf, wenn auch nur notdürftig, selbst decken kann.

Die in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts verfaßten Hirtenbriefe suchten die staatliche Autorität zu

stützen und richteten sich eindeutig gegen die liberale Partei; das Lesen liberaler Presseorgane stand zeitweise unter der Strafe der Exkommunikation. In den zwanziger Jahren sprachen die Bischöfe auch die soziale Frage an, konkret: die ungleiche Verteilung der Güter. So wurden die Priester in einem Hirtenbrief von 1927 angehalten, die Arbeiter zu belehren, „daß das Leben eine Zeit der Prüfung ist, in der wir in treuer Erfüllung der Pflicht und mit Geduld gegenüber dem Unglück das ewige Leben verdienen sollen“. Den Reichen wird empfohlen, großzügiger denen zu helfen, „die weniger mit Glücksgütern bedacht wurden“.

In den öffentlichen Äußerungen des kolumbianischen Episkopats jener Jahre zeichnet sich bereits die bis heute im wesentlichen unveränderte Haltung gegenüber der sozialen Problematik ab. Mit der Abwanderung in die Städte (Kolumbiens städtische Bevölkerung ist – untypisch für Lateinamerika – auf über zwanzig Großstädte verteilt) und der darauf folgenden gesellschaftlichen Umschichtung nimmt die Kirche einen ausgeprägt apologetischen Standpunkt ein; das liberale, städtische, „heidnische“ Klima und der revolutionäre Marxismus bilden quasi den Gegner der Kirche schlechthin. So forderten die Bischöfe im Jahr 1930 die Großgrundbesitzer auf, die Campesinos gerechter zu behandeln, mit der Begründung, sie könnten sonst im Strudel der Revolution alles verlieren, wie es in einigen Ländern bereits geschehen sei. Der *Kommunismus als Feind des Glaubens und Gefahr für Lateinamerika* ist bis heute in kirchlichen Äußerungen zur sozialen Frage prägender Bestandteil.

In zahlreichen Erklärungen haben die Bischöfe in den vergangenen Jahren zur *politischen Gewalt* in ihrem Land Stellung bezogen. Es fällt auf, daß vor allem die neueren Verlautbarungen eminent politische Texte sind, Meinungen oder sogar Proteste der Kirche, in denen die Übel deutlich beim Namen genannt werden. Reflexionen, in denen das Phänomen Gewalt auf seine sozialen Ursachen untersucht wird oder auch nur konsequente inhaltliche Verknüpfung von politischen Fakten und sozialem Hintergrund, sind hingegen selten. Ein einziges Grundsatzpapier aus dem Jahr 1981 bietet eine umfassende analytische Darstellung der sozialen Wirklichkeit, wie sie die meisten Bischofskonferenzen seit den lateinamerikanischen Bischofsversammlungen von Medellín (1968) und Puebla (1979) erarbeitet haben. Das vierzigseitige Dokument beschreibt im dritten Teil („Soziopolitischer Horizont“) die Entwicklung der kolumbianischen Gesellschaft ohne die gewohnte Schonung der staatlichen Autorität und politischen Inhaber der Macht. „Grausame und ungerechte Wirklichkeit“ sei es, daß das so reich ausgestattete Kolumbien zu den Ländern mit der höchsten Einkommenskonzentration gehöre. Die kapitalistische Mentalität lösche die menschlichen Werte aus, heißt es an anderer Stelle. „Das kolumbianische Volk leidet an einer schweren Enttäuschung über seine Regierenden, die nationalen Institutionen und die politische bestimmende Klasse ... Wenn, wie umsichtige Soziologen schreiben, die Bürokratie eine Geißel der entwickelten

Gesellschaften ist, was sollen wir da denken, daß sich zu ihrem atemberaubenden und schmarotzerhaften Fortschritt eine verbreitete Verwaltungskorruption gesellt ... Das Land ist müde der weitverbreiteten Straflosigkeit, der Justizirrtümer, bedingt durch Unfähigkeit oder Bestechlichkeit, und müde der Tatsache, daß die Prozesse an öffentlichen Funktionären, bei denen es sich um schwere Straftaten und Rückfälle handelt, meist in Totenstille oder mit Freispruch abgeschlossen werden, was die öffentliche Meinung eindeutig versteht. Und kolumbianische Wirklichkeit ist die Konzentration der politischen Macht, wodurch die Entscheidungen, die das Schicksal des Vaterlandes ausmachen, am Rande der echten volksbezogenen Notwendigkeiten und Hoffnungen getroffen werden, und das Volk befragt man nur bei dem radikal manipulierten Wählerraub“ (zit. nach „Weltkirche“ 9/81).

## Einseitige Stellungnahmen

Die neueren bischöflichen Erklärungen hingegen sprechen eine andere Sprache. Die Tatsache, daß der politische Alltag in Kolumbien trotz der versöhnlichen Politik Betancurs gegenüber den Aufständischen von blutigen Gewaltakten beherrscht wird, und konkret die Besetzung des Justizpalastes durch ein Guerillakommando im letzten November, haben die Bischöfe zu teilweise recht einseitigen Stellungnahmen bewogen. Darin treten sie offen und ausdrücklich für ein *härteres Durchgreifen der Regierung gegen Gewalttäter* ein (Erklärungen vom März, Juli, September, Oktober, November 1985). Zwar wird die Befriedungspolitik Betancurs nicht direkt verurteilt. In der Erklärung vom Oktober wird seine Politik jedoch ziemlich unverschlüsselt als gescheitert verurteilt: „Die Politik der ausgestreckten Hand hat bei einigen Guerillagruppen nicht den Partner mit denselben Idealen und Friedensvorstellungen gefunden. Jeder auf unbestimmte Zeit hinaus verzögerte Friedensprozeß, der keine Früchte trägt, schafft Unsicherheit und begünstigt lediglich die, die in seinem Schatten ihre subversive Überzeugung pflegen.“ Die Doppelstrategie der Guerilla wird wiederholt herausgestellt, während Übergriffe der Armee und paramilitärische Gruppen, die ebenso häufig den Waffenstillstand gebrochen haben, unerwähnt bleiben.

Als Ursachen für die politische Krise des Landes nennen die Bischöfe in dieser Reihenfolge: moralische Auflösungserscheinungen „im öffentlichen wie im privaten Leben, bei den Mächtigen in Wirtschaft und Politik“; die Unterwanderung der Gesellschaft und sogar kirchlicher Kreise durch „nichtchristliche Ideologien“; die Erziehung der Jugend zu übertriebenem Individualismus und die Verbreitung marxistischer Lehren an Schulen und Universitäten; die fast ausschließlich im Kapitalismus beheimateten kolumbianischen Wirtschaftsstrukturen; die Verletzung fundamentaler Menschenrechte „wie das Recht auf Leben, Freiheit, Eigentum mit den Methoden des Mordes, der Entführung, der Erpressung und ande-

rer Gewalt“; „der schlaue und sorgfältig vorbereitete internationale Plan, Kolumbien in einen marxistischen Staat zu verwandeln und es dann als Brückenkopf für die Errichtung der kommunistischen Herrschaft in ganz Lateinamerika zu nutzen“; der fortschreitende Niedergang der politischen Parteien (Quelle: *El catolicismo*, Bogotá, 6. 10. 85). Wie alle bischöflichen Erklärungen aus jüngerer Zeit ist auch die oben zitierte an erster Stelle von der beherrschenden Figur des Episkopats, Kardinal *Alfonso López Trujillo*, Erzbischof von Medellín, unterzeichnet. Es folgen der Erzbischof von Bogotá und Primas von Kolumbien, dann erst der Vorsitzende der Bischofskonferenz. Dies dürfte bei keiner anderen Bischofskonferenz Lateinamerikas Usus sein. Der 50jährige Kardinal López Trujillo war bereits Generalsekretär und Präsident des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, der ebenso wie die lateinamerikanische Vereinigung der Ordensleute CLAR seinen Sitz in Bogotá hat.

Auch die kolumbianische Kirche hat Priester und Pastoralarbeiter verloren, die wegen ihres Eintretens für die Schwachen und Armen in der Gesellschaft ermordet wurden. Der erste indianische Priester Kolumbiens, *Alvaro Ulcué*, wurde im November 1984 erschossen. Damals verteidigte der Episkopat die Arbeit des Priesters unter den Campesinos öffentlich. Die von einem Großgrundbesitzer gedungenen Mörder wurden gefaßt, nach einem beteiligten Feldweibel wird, wie es heißt, noch gefahndet. Im Februar wurde der Priester *Omar Acosta Montoya* und

einer seiner Mitarbeiter verschleppt; im Mai gab Amnesty International bekannt, daß ein Redaktionsmitglied der hierarchieunabhängigen Zeitschrift „Solidaridad“ ermordet, ein weiterer katholischer Laie gefoltert und schwer verletzt gefunden wurde.

Die sozial engagierten Priester und Laien sind nach der Auflösung der Golcondagruppe in den siebziger Jahren und jahrelangen Konflikten mit den Bischöfen nicht organisiert. Sie treten im Unterschied zu dem legendären, 1966 im Guerillaeinsatz von einer Militärpatrouille erschossenen Geistlichen *Camilo Torre* für gewaltlose Gesellschaftsveränderung ein und fühlen sich der Theologie der Befreiung verpflichtet, der die Bischofskonferenz geschlossen kritisch gegenübersteht. Die Bischöfe „regulieren“ die Tätigkeit dieser Priester unter anderem durch Versetzungen innerhalb des Bistums, was in den betroffenen Gemeinden wiederholt zu Protesten geführt hat. Als mehrere Guerilla-Organisationen im März gemeinsam an die Bischofskonferenz herantraten, mit dem Wunsch, Gespräche „über einen besseren Verlauf des Papstbesuchs“ zu führen, reagierten die Bischöfe nicht auf den offenen Brief. Guerilleros der M-19 übergaben zur selben Zeit ein Dokument mit dem Wunsch nach einem Treffen mit dem Papst. Ein Sprecher der Bischofskonferenz lehnte das mit der Begründung ab, das bereits festliegende Programm des Besuchs lasse keine Zeit mehr für eine Begegnung des Papstes mit der Guerilla.

*Gabriele Burchardt*

## Zum Plan eines Friedenskonzils

Eine Stellungnahme von Norbert Greinacher

*Als Antwort auf unsere Glosse im Maiheft über den Plan eines Friedenskonzils schickte uns der Tübinger Pastoraltheologe Professor Norbert Greinacher den folgenden Brief mit der Bitte um Wiedergabe. Wir drucken ihn gerne als persönliche Stellungnahme ab.*

Vom 1. – 13. April 1986 habe ich zusammen mit Herrn Prof. Freiherr Carl Friedrich von Weizsäcker eine Reise nach Lateinamerika, genauer nach Brasilien, Chile, Peru und Kolumbien unternommen, um dort für das Vorhaben eine ökumenischen Konzils des Friedens zu sprechen. Wir hatten keinerlei Mandat von irgendeiner Institution oder irgendeiner Person, sondern haben auf die Kraft unserer Argumente vertraut. Die Konzeption, die wir in unzähligen Gesprächen mit Bischöfen, Kardinälen, Theologen, Priestern und Laien, katholischen und evangelischen Christen, Politikern usw. vertraten, könnte man auf folgendes Argumentationsschema reduzieren: Es gibt viele Christen in den reichen Ländern der nördlichen Halbkugel, die um das furchtbare Elend des Hungers der Menschen in der südlichen Halbkugel, um

die zum Himmel schreiende soziale Ungerechtigkeit in den Ländern Lateinamerikas wissen und die auf der Grundlage christlicher Nächstenliebe versuchen, sich mit Euren Problemen zu solidarisieren. Es gibt aber auch viele Christen im reichen Norden, die dauernd mit der stündlichen Gefahr eines atomaren Holocausts konfrontiert werden und die sich davor fürchten. Wir bitten Euch um Eure Solidarität mit unseren Sorgen und Problemen im Norden.

Voll Freude darf ich sagen, daß diese Argumentationsweise überall verstanden wurde. Ich kann mich an kein einziges Gespräch erinnern, wo das Vorhaben des ökumenischen Konzils des Friedens in Abrede gestellt wurde. Die meisten gaben uns das Versprechen, daß sie das in ihren Kräften Stehende tun würden, um dieses Konzil möglichst bald zu verwirklichen.

Als ich nun von meiner Reise zurückkam, las ich in der Mai-Nummer der Herder-Korrespondenz Ihren Artikel mit dem Titel „Friedenskonzil. Eine gutgemeinte, aber undurchführbare Idee“. Sie weisen in diesem Artikel auf